

Trotz Einstweiliger Anordnung:

## Mühlfenzl schaltet auf Pfeifton

Gestern drei Stunden lang zu hören / Neuer Eklat im Streit der Privatradios um Sendeplätze

Von unserem Redaktionsmitglied Evelyn Roll

Ein eiskalter Guß weckte die privaten Hörfunkanbieter der UKW-Frequenz 92,4 Megahertz – und offensichtlich auch deren Hörer und Werbekunden – gestern früh schon vor der Sendung „Morgendusche“: Weil sich die jetzt sieben Anbieter auf Kanal 92,4 nach monatelangem Gerangel auch bis zur letzten von der Münchner Pilotgesellschaft für Kabelkommunikation (MPK) gesetzten Frist nicht auf ein gemeinsames Programmschema einigen konnten, machte die MPK ernst und schaltete „mitten in den Satz des Moderators“ einen schrillen Pfeifton. Dieser Peilton war von fünf bis sieben Uhr und von neun bis zehn Uhr zu hören. Eine Einstweilige Anordnung des Bayerischen Verwaltungsgerichts gegen diese Maßnahme wurde von der MPK offensichtlich ignoriert.

„Seid ihr wahnsinnig geworden?“ – Diese und ähnliche Reaktionen von Hörern und Werbekunden haben die drei bisher auf 92,4 sendenden Musikradios: Radio Aktiv, Radio Xanadu und Radio 1 nach dem Peilton und auch nach der ersten Sendung der Holtzbrinck-Gruppe in unzähligen Telefonanrufen gehört. Das jetzt von der MPK

in den Sendeablauf gehievte Programm der Verlagsgruppe Holtzbrinck, so M-1-Chefin Maria von Seidlein, sei „vom Band vorproduziert“, sei „unsäglich“ und „sicher nicht dazu geeignet, die Akzeptanz von Radio 92,4 zu erhöhen“.

Auf einer Pressekonferenz erläuterte der Anwalt der drei Musikradios, Franz Ludwig Heiss,

den Hintergrund. Noch einmal hätten sich in der vergangenen Woche alle 16 Anbieter, die sich zwei der drei vorhandenen terrestrischen Frequenzen in München zu teilen haben, bei MPK-Chef Rudolf Mühlfenzl getroffen. Dort sei weder eine Regelung über den Finanzausgleich (wir berichteten) noch über die zukünftige Programmstruktur bei Radio 92,4 erzielt worden. Für den Kanal 89 Megahertz hingegen einigte man sich auf ein gemeinsames einheitliches Programm aller Beteiligten, das seit gestern unter dem Namen „Radio Eins“ gesendet wird.

Zu den mit der „Neuen Welle“ – die von der Frequenz 89,0 „herübergewandert“ ist – bereits fünf sendenden Anbietern auf Kanal 92,4 sollen jetzt nach den Vorgaben noch drei Neuanbieter kommen: die Stuttgarter Verlagsgruppe Holtzbrinck, Radio Soundtrack und M.U.T. (ein Ableger von Radio „C“). Die drei Musiksender lehnten die neue Konstellation ab und vor allem auch das Programmschema, das sich die Neuanbieter ausgedacht haben und nach denen die „attraktiven Sendezeiten“ an die „Neue Welle“ und „Holtzbrinck“ gegangen wären.

Rudolf Mühlfenzl, der das gesamte Anbietergerangel ganz offensichtlich satt hatte, legte daraufhin am Donnerstag sowohl den Finanzausgleich – die Neuen sollen jetzt 1,28 Millionen Mark an die „Altanbieter“ zahlen – als auch ein neues Programmschema fest: und zwar das, was die drei Neuen ausgearbeitet hatten. Falls keine gemeinsame Einigung zu erzielen sei, drohte er, werde von Dienstag (also gestern) an eben dieses Schema geschaltet. Da darin auch Radio 44 (Constantin) mit zwei Sendeplätzen vorgesehen war, die Constantin aber inzwischen freiwillig auf ihre Sendezeit verzichtet hat, müsse diese Sendezeit, wenn es keine andere Einigung gebe, eben mit einem Peilton belegt werden.

### Treffen beim Verwaltungsrichter

So geschah es dann gestern, obwohl die drei Musikradios über ihren Anwalt noch den Vorschlag für ein ihrer Meinung nach kompromißfähiges Sendeschema an die MPK übermittelt hatten. Noch vor dem Wochenende habe „ein Wachmeister“ die Einstweilige Anordnung des Bayerischen Verwaltungsgerichtes gegen eine Änderung der Programmschaltung an die MPK übermittelt, berichtete Anwalt Heiss. Er selbst habe außerdem in einem Telex die Anordnung avisieren „liegt bei eurem Pförtner“. Ihm sei es unverständlich, wieso die MPK einen Gerichtsbeschuß ignoriere, wieso sie sich überhaupt gegen die vier Altanbieter zugunsten der Neuen entscheiden könne. Er machte auch darauf aufmerksam, daß der Musikradios eine fünfstellige Summe Schader durch den Verlust von Werbeeinnahmen entstehen werde und meinte schließlich: „Dieser Eklat ist im Zweifel nicht gut für die gesamte Medienlandschaft.“ Gestern nachmittag trafen sich die Vertreter aller am Streit Beteiligten vor dem Verwaltungsgericht. Ergebnisse lagen bis Redaktionsschluß noch nicht vor.

